

## Der „Sonderweg“ zwischen Parlamentarismus und Konstitutionalismus im alten Österreich

### Eine „staatsrechtliche Anomalie“

Der Kampf um eine „Constitution“ als Grundlage der Staatsordnung nach englischem, amerikanischem und zuletzt französischem Vorbild beherrschte die Geschichte Europas im 19. Jahrhundert. Die zentrale Forderung dieses Kampfes war jene nach der Beteiligung des Volkes, der „einigen und gleichen Nation“, an der Regierungsgewalt, realisiert durch die Wahl seiner Repräsentanten im Parlament. Im Prinzip sollte die Volkswahl frei, allgemein und gleich sein, in der Praxis enthielten die frühen Verfassungen des klassischen westeuropäischen Konstitutionalismus allerdings mannigfache Beschränkungen. Auch in der Habsburgermonarchie tobte der Kampf um Parlament und Wahlrecht von 1848 über 1867 bis 1907.<sup>1</sup>

Die politischen Rahmenbedingungen waren aber grundverschieden vom übrigen Europa einschließlich Deutschlands. Der Kaiserstaat Österreich, staatsrechtlich zuletzt die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn, war ein Sonderfall der europäischen Entwicklung: „The Austro-Hungarian monarchy differed from the other European governments in complexity, political orientation, multinational character“.<sup>2</sup> Ob es ein „Sonderweg“ zwischen osteuropäischer Autokratie und westeuropäischer Demokratie,<sup>3</sup> ein „Mittelweg“ zwischen monarchischer Dominanz und Volkssouveränität, eine verweigerte oder verzögerte Modernisierung war und worin konkret der von der „europäischen Norm“ abweichende politische Weg der Habsburgermonarchie bestand, lohnt sich zu diskutieren. Die These von der „Dominanz des Staates“ als Erbe von Gegenreformation und aufgeklärtem Absolutismus als Konstitutivum der österreichischen politischen Kultur<sup>4</sup> erscheint einleuchtend, ist aber eine Abstraktion auf relativ hohem Niveau. Konkreter fällt die Antwort bei Untersuchung des „Rechtsstaates“ aus.<sup>5</sup> Betrachtet man die Alltagsebene des „Verwaltungsstaates“ und die Experimente und Kompromisse des „Verfassungsstaates“, dann dominieren Widersprüche, die sich weder in der Theorie noch in der Praxis auflösen lassen. Das sprichwörtliche „Fortwursteln“ und die Resignation vor dem Scheitern der vielen „Ausgleiche“ bleiben als Erklärung für die Ausweglosigkeit. Ernest von Koerber hat 1900 aus der Situation einer permanenten Obstruktion als Ausbruchversuch den Staatsstreich geplant.<sup>6</sup> Als das Ende sich anbahnte, wurden auch in Österreich, so wie in Deutschland, „Ideen von 1914“ zur Lösung des Problems der Reichsreform

---

<sup>1</sup> Wie vielschichtig die Geschichte des Parlamentarismus im Habsburgerstaat war und wie sehr sie von der europäischen Norm abwich, ist bei RUMPLER / URBANITSCH 2000 im Detail dargestellt.

<sup>2</sup> WILLIAMSON 1991, 6.

<sup>3</sup> HANÁK 1986 vertrat im Anschluss an Gyula Szekfü diese Positionsbestimmung für die Länder Mitteleuropas.

<sup>4</sup> Siehe HANISCH 1994.

<sup>5</sup> Siehe SHEDEL 2000.

<sup>6</sup> ABLEITINGER 1973, bes. 213–225.

---

formuliert.<sup>7</sup> Die Versuche einer Spurensuche bei Hugo von Hofmannsthal, Josef Redlich, Leopold von Andrian und Friedrich Tezner und nach deren Beziehung zur Praxis der Politik<sup>8</sup> vermitteln die für Österreich konstitutive Spannung zwischen Idee und Wirklichkeit, die die Glanzzeit des Fin de Siècle so faszinierend und doch letztlich unfruchtbar erscheinen lässt.

Um eine dem komplexen Gegenstand der historischen Rahmenbedingungen gerecht werdende und naturgemäß komplizierte Antwort zu geben, sind die besonderen Elemente des Weges zur Parlamentarisierung in Rechnung zu stellen und ist nach den Grundlagen für den Demokratisierungsprozess zu fragen. An denen fehlte es aber in Österreich, jedenfalls soweit es das Reich und das Reichsparlament betraf.<sup>9</sup> Denn es gab keinen Gesamtstaat, auch kein Staatsvolk, sondern weitgehend autonome Länder und „Volksstämme“, die sich zunehmend als Nationalitäten organisierten. Und in den Ländern herrschten Mehrheitsverhältnisse, die sich von jenen des Gesamtstaates extrem unterschieden. Eine Gesamtstaatsverfassung mit einem demokratisch strukturierten Staatsparlament stand immer auch im Widerspruch zu den regionalen und nationalen Sonder- und Minderheitenrechten. Weil die Probleme mannigfacher „subsidiärer Staatlichkeiten“<sup>10</sup> letztendlich nicht oder nur als kurzfristige Waffenstillstände gelöst werden konnten, war der Weg zum Parlamentarismus so schwierig. Am Ende hatte der österreichische Kaiserstaat zwar zwei Parlamente, den „Reichsrat“ und 16 Landtage in Cis-, den „Reichstag“ und einen Landtag in Transleithanien. Damit waren aber weder Österreich noch Ungarn parlamentarische Staaten, das politische System blieb „monarchisch konstitutionell“.<sup>11</sup>

Österreich-Ungarn war, wie oft diagnostiziert worden ist, im Europa des 19. Jahrhunderts eine staatsrechtliche „Anomalie“, ein Zwitterding zwischen Demokratie und Autokratie. Auch Kaiser Franz Joseph hat das zur Kenntnis genommen, war allerdings nicht verlegen, diese Anomalie in einer Weise zu rechtfertigen, die man ihm, wenn das Bild, das von seinem Intellekt überliefert ist, stimmt, nicht im Entferntesten zutrauen würde. Als der österreichische Ministerpräsident Ernest von Koerber nach seinem vergeblichen Versuch, durch eine reichsumfassende Wirtschaftspolitik den politischen Niedergang aufzuhalten, meinte, dass die Monarchie eben nur ein durch die Vergangenheit zusammengefügtes Völkermosaik sei, hielt ihm der Kaiser in einem Gespräch in Gödöllö 1904 entgegen: „Da bin ich wohl anderer Ansicht. Nicht die geschichtlichen Ereignisse der früheren Zeit allein haben unsere Völker aneinandergeschlossen, sondern absolute Notwendigkeiten ihres gegenwärtigen und zukünftigen Daseins. Deshalb ist die Monarchie kein künstliches Gebilde, sondern ein organisches und als solches etwas zweifellos Notwendiges. Sie stellt den Hort, das Asyl für alle nach Mitteleuropa verschlagenen Nationensplitter dar, welche, auf sich allein angewiesen, eine klägliche und jämmerliche Existenz führen müssten, zum Spielballe jedes mächtigeren Nachbarn werden würden, während sie so, miteinander verbunden, nicht nur in ihrer

---

<sup>7</sup> Zum Beitrag der deutsch-österreichischen Geschichtswissenschaft siehe RAMHARDTER 1973; für Deutschland FISCHER 1961, 184ff.

<sup>8</sup> Siehe LINDSTRÖM 2008.

<sup>9</sup> In der Diskussion über das „österreichische Staats- und Reichsproblem“ (REDLICH 1920/1926) ist die Reichsproblematik in der Regel zu wenig berücksichtigt; vgl. HUBER 1901, PRAŽÁK 1903, TEZNER 1909 und EBENGREUTH 1914.

<sup>10</sup> Siehe BRAUNEDER 2006.

<sup>11</sup> Siehe generell SCHLEGELMILCH 2009.

---

Gesamtheit eine achtungsgebietende Macht präsentieren, sondern auch durch gegenseitige soziale und wirtschaftliche Hilfe weitaus sicherere und günstigere Bedingungen für Bestand und Entwicklung erlangten.“<sup>12</sup> Das mögen schon im Jahr 1904 nur mehr wenige geglaubt haben. Und viele haben, für den Augenblick mit guten Gründen, sich für eine neue Ordnung Mitteleuropas entschieden. Allerdings hat sich schon damals die Frage gestellt, was menschengemäßer ist: der außen- und innenpolitisch leistungs- und machtarke, scheinbar krisenresistente, moderne Staat einer liberal-kapitalistischen Gesellschaft oder die krisenanfällige Vielfalt der „buntscheckigen feudalen Struktur“<sup>13</sup> eines föderalen Vielvölkerstaates.

### **Das gescheiterte Experiment des föderalen Vielvölkerstaates**

Die Habsburgermonarchie war das in Europa einmalige Experiment, einen föderalen Vielvölkerstaat einerseits politisch, gesellschaftlich und ökonomisch zu modernisieren, andererseits ihn in seiner historisch vorgegebenen Struktur zu erhalten.<sup>14</sup> Das war ein Unternehmen gegen den Geist der Zeit, der den Nationalstaat forderte. Das Zauberwort für die Begründung dieser Forderung war die „Nation“, in Westeuropa die „Bekenntnisnation“ nach amerikanischem und französischem Vorbild, in Mittel- und Osteuropa die „Volksnation“ nach der Philosophie der Menschheitsgeschichte Johann Gottfried Herders.<sup>15</sup> Sieht man sich die Begründungen der Nationswerdung als Prozess der kulturellen Identitätsstiftung genauer an, erkennt man freilich, dass schon bei der „Erfindung der Nation“ mächtig geschwindelt wurde, von Irland und der Normandie bis auf die Krim und ins Baltikum, vom Elsass bis Nizza. Griechenland war nicht die Spur eines Nationalstaates, und trotzdem geriet Europa, insbesondere auch Deutschland, in den dithyrambischen Taumel des Philhellenismus, in dessen geistigem Schatten die 35 Staaten des Deutschen Bundes durch einen „neuen Alexander“ vereinigt werden sollten, um die Welt zu erobern und ihr das Licht der Zivilisation zu bringen.

Auch die „kleinen Völker“ Mitteleuropas beteiligten sich an dem Tanz um das goldene Kalb, und was zuerst kulturelle Selbstfindung, dann Motor des Aufstiegs der bürgerlichen Gesellschaft war, wurde zuletzt ein Kampf bis aufs Messer um den „nationalen Besitzstand“. Karl Renner hat zutreffend darauf verwiesen, dass es sich dabei nicht um den Kampf der Nationalitäten „gegen den Staat“, sondern „um den Staat“ handelte. Dieser Staat, um dessen Aufteilung gekämpft wurde, vertrat das Prinzip der „Gleichberechtigung aller Volksstämme“, er war weder „Völkerkerker“ unter deutsch-magyarischer Vorherrschaft noch ein multikulturelles Paradies, sondern eine „Konfliktgemeinschaft“, die vielfach erfolgreich, zuletzt allerdings vergeblich um einen Ausgleich zwischen 13 Nationen und 17 Ländern rang. Die Regierung hielt sich aus der Konkurrenz der Nationen heraus. Sie folgte dabei der Maxime Metternichs, wie er sie ungewöhnlich klar in seinen Denkschriften über den „Stand des Slawismus und dessen Einwirkung auf die Monarchie“ von 1843

---

<sup>12</sup> MARGUTTI 1924, 236.

<sup>13</sup> RUDOLF BURGER in einem Pressegespräch mit BETTINA STEINER. In: Die Presse (Wien), 27. August 2011.

<sup>14</sup> CORNWALL 2002.

<sup>15</sup> HERDER 1974 [1784–1791]. Zur Wirkung Herders auf den nationalen Aufbruch in Ostmitteleuropa siehe SUNDHAUSEN 1973.

---

und „Über die Ungarischen Zustände“ von 1844 formuliert hatte: „Heute würde es von der Regierung abhängen, den Kampf zwischen den Bevölkerungen Ungarns auf das offene Feld zu ziehen, wäre dies ihrer hohen Stellung würdig, wäre sie selbst eine Partei [...] – aber die Regierung muss überparteiisch sein und vermitteln.“<sup>16</sup> Aus dem Londoner Exil warnte er seinen Nachfolger Felix Schwarzenberg davor, diesen Weg zu verlassen und die Staatsraison auf den einfacheren und scheinbar erfolversprechenden „deutschen Kurs“ festzulegen: „Dort, wo Rücksichten auf die Beachtung bestehender Verschiedenheiten eintreten, hüte sich die Regierung, dem Imperialisieren den Anschein des Germanisierens zu geben.“<sup>17</sup>

Gefährlicher als die Sprengkraft des Nationalismus war für den Bestand der Habsburgermonarchie aber immer die außenpolitische Entwicklung. Die habsburgische „Länderunion“, wie sie Otto Brunner genannt hat, war zu Beginn des 16. Jahrhunderts als österreichisch-polnisch-böhmisch-ungarische Verteidigungsgemeinschaft gegen den Expansionismus des Osmanischen Reiches entstanden. Seit dem Frieden von Passarowitz 1718, als der Türkenkrieg zu Ende und die osmanische Gefahr gebannt war, trat Russland als im Friedenstraktat bestellte Schutzmacht der Balkanchristen an die Stelle Konstantinopels. Es trat seinen Marsch nach Westen an, der nach dem Vorspiel des Krimkrieges von 1854 bis 1856 im russisch-türkischen Krieg von 1877/78 einen späten, aber europapolitisch entscheidenden Höhepunkt erreichte und auf den Konferenzen Jalta und Potsdam 1945 in der West-Ost-Teilung Europas mündete. Was sich schon am Wiener Kongress 1815 abgezeichnet hatte und nur durch die Heilige „Scheinallianz“ zwischen Preußen, Russland und Österreich entschärft wurde, entwickelte sich als jene Balkanfrage, die zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges führte. Da sich Österreich-Ungarn zum Schutz gegen die panslawistisch gefärbte Expansionspolitik Russlands die Bundesgenossenschaft des Deutschen Reiches sicherte bzw. sich dieser auslieferte, schlossen sich die europäischen Großmächte, zuletzt auch das zögernde Großbritannien, dem russischen Kurs an, teils um den Balkan nicht allein Russland zu überlassen, teils um sich aus der Erbmasse des Habsburgerreiches in Mitteleuropa ein Klientelstaatensystem zu schaffen, mit dem der weltpolitische Rivale Deutschland in Schach gehalten werden konnte.

Österreich taumelte, trotz wirtschaftlicher Prosperität und kulturellen Glanzes, nicht mehr nur von einer Krise zur anderen – es war im Begriff, an allen Fronten zu scheitern. Sein Ende war besiegelt, bevor es zum europäischen Armageddon kam, von dem sich im Nachhinein herausstellte, dass es die „Urkatastrophe“ Europas war. Österreich-Ungarn hat den Ersten Weltkrieg weder ausgelöst, noch war es die Hauptursache, es hat nur den Großmächten den Anlass geboten für die Austragung eines schon lange schwelenden Konfliktes, dessen Rechnung allein, neben dem Osmanischen Reich, von seinem Konto beglichen wurde.

---

<sup>16</sup> Zit. n. EVANS 2009, 73f.

<sup>17</sup> Zit. n. SIEMANN 2010, 105.

---

## Die Habsburgermonarchie als Denkmodell für die europäische Gegenwart

Der seit 1845 in Österreich lebende deutsche Dichter Friedrich Hebbel hat 1862 in einer Trilogie dem Nibelungenstoff jene Fassung gegeben, die aus der Siegfried-Saga jene schaurige Geschichte des heroischen Völkermordens formte, das sich nur wenige Generationen später in zwei Weltkriegen tatsächlich abspielte und dessen letzte Ausläufer bis in unsere Gegenwart reichen, nicht nur bis Srebrenica, auch bis Irland und ins Baskenland. Karl Kraus hat nach seiner Satire über die „Letzten Tage der Menschheit“ von 1918/19 diesen aus dem Gift des Nationalismus genährten kollektiven Selbstmord Europas 1934 als die „Dritte Walpurgisnacht“ dargestellt. Hebbel war es auch, von dem das Diktum stammt (1862): „Dies Oesterreich ist eine kleine Welt, / in der die große ihre Probe hält“.<sup>18</sup> Henry Kissinger hat das auf die Formel „Seismograph Europas“ gebracht.<sup>19</sup>

Tatsächlich wurde im Kaisertum Österreich, wie es 1803 aus seinem ersten Überlebenskampf gegen die Befreiungskampagne der Französischen Revolution und die Machtpolitik Napoleons nach dem Untergang des alten Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation als dessen geistiger Erbe entstanden war, alles durchgespielt, was in Europa auf dem Weg aus dem Ancien Régime in die neue Epoche des bürgerlichen Nationalstaates auf der Tagesordnung der Politik stand. Es ist daher nicht erstaunlich, dass alle Probleme, um deren Lösung in der Habsburgermonarchie gerungen wurde, auch bei den Gestaltungsversuchen des neuen Europa sich fast identisch widerspiegeln. Das Projekt Europa ist im Zeitalter der Globalisierung zwar eine notwendige wirtschaftliche Defensivmaßnahme. Strittig und offen ist aber bekanntlich schon die Frage, ob und mit welchen finanz- und sozialpolitischen Instrumenten die Wirtschaftseinheit krisenfest zu sichern ist. Unentschieden ist auch die Grundsatfrage, ob es für die Erreichung dieses Ziels genügt, eine Union zu bleiben, oder notwendig ist, das Bündnis zum Staatenbund und weiter zum Bundesstaat auszubauen.

Damit steht die Europäische Einigungspolitik dort, wo die Habsburgermonarchie ein Jahrhundert lang experimentierte, bedeutsame Teilerfolge erlang, letztlich aber scheiterte. Zu den Teilerfolgen gehörte die Verfassung des Deutschen Bundes von 1820, die die historische Verbindung zwischen der Habsburgermonarchie und den Ländern des ehemaligen Deutschen Reiches sicherte, ohne aus dem Kaisertum Österreich einen deutschen Staat zu machen. Ein Erfolg war auch der „Ausgleich“ mit Ungarn von 1867, der die Reichsverteidigung, die Außenpolitik und die Reichsfinanzen als „pragmatisch gemeinsame“ Angelegenheiten anerkannte, die Wirtschaftsunion aber als „paktiert gemeinsam“ einer periodischen Erneuerung vorbehielt. Auf dieser Basis gelang der Regierung des „Eisernen Ringes“ unter Ministerpräsident Eduard Graf Taaffe (1879–1893) im Zuge der Überwindung der „Großen Depression“ nicht nur die Sanierung der Staatsfinanzen, sondern auch die Verabschiedung eines Bündels von Sozialgesetzen, die den Führer der Sozialdemokratie Victor Adler vor der internationalen Öffentlichkeit des Kongresses der Zweiten Internationale in Brüssel 1904 zu dem Bekenntnis veranlassten, dass Österreich die fortschrittlichste Sozialverfassung Europas besitze. Taaf-

---

<sup>18</sup> HEBBEL 1904, 421 (Vers 97ff.).

<sup>19</sup> KISSINGER 1991 [1962], 14.

---

fe war es auch, der die Überzeugung vertrat, „dass der österreichische Staat gerade auf dem Höhepunkt der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung am Ende des 19. Jahrhunderts sich weniger denn je nach einer von Wien bestimmten einheitlichen politischen Idee bestimmen ließ“.<sup>20</sup> Österreich war nur als „ständiger Kompromiss“ – die Gegner nannten es „Fortwursteln“ – am Leben zu erhalten. Dass dieser Kompromiss auch in der kompliziertesten und im europäischen Vergleich einmaligen Nationalitätenfrage möglich war, zeigte der Mährische Ausgleich von 1905.<sup>21</sup> Das Bedeutsame an ihm war, dass er im Brüner Landtag zwischen den betroffenen Parteien ausgehandelt worden war. Damit wurde das Beispiel gegeben, dass ein Ausgleich im Nationalitätenstreit technisch möglich war, wenn die Betroffenen sich auf einen solchen einigten. Aber was in Mähren und der Bukowina möglich war, konnte für Böhmen, wo ein ähnlicher Kompromiss fertig ausgearbeitet vorlag, nicht mehr finalisiert werden. Das allgemeine, gleiche Männerwahlrecht von 1907 stellte nur mehr ein Zugeständnis an die Massenparteien dar, keinen großen Wurf, weil jeder wusste, dass der Parlamentarismus mit dem Mehrheitsprinzip nach der Bevölkerungsstärke für ein Nationalitätenparlament untauglich war. Wenn das allgemeine Wahlrecht als Reformkonzept gedacht gewesen sein sollte, auf das sich Franz Joseph und Victor Adler geeinigt hatten, dann kam es zu spät.

Denn zur selben Zeit eröffnete die Wiener Politik das Hasardspiel der machtpolitischen Sanierung einer anderen Baustelle im altersschwachen Staatsgebäude. Dieses Spiel des Außenministers Alois Lexa v. Aehrenthal, das er mit der Annexion Bosnien-Herzegowinas 1908 eröffnete, konnte nur mit Hilfe des Deutschen Reiches gewonnen werden. Und wenn daraus eine internationale Krise entstand, hatte Österreich schon diplomatisch die schlechtesten Karten, weil auch ein Bündniswechsel zu den Westmächten mit Sicherheit den hohen Preis einer teilweisen Reichsauflösung gekostet hätte. Eine Satellitenexistenz von Gnaden der Westmächte war keine Alternative zur Abhängigkeit vom Deutschen Reich. Man wird der Wiener Regierung wohl das Recht auf Selbstverteidigung oder internationale Rechtsgarantie nicht absprechen dürfen. Man muss auch anerkennen, dass der von Serbien gelenkte und von Russland gedeckte Terrorismus bis zum Attentat von Sarajewo als Gefährdung des Gesamtstaates, nicht nur der südslawischen Provinzen, empfunden werden konnte. Nur ob der Krieg gegen Serbien, von dem klar war, dass er sich zum europäischen Krieg steigern würde, die einzig mögliche Antwort war, das ist die schwer zu beantwortende Schicksalsfrage. Die Mitglieder des Ministerrates vom 7. Juli 1914, in dem das Ultimatum an Serbien beschlossen wurde,<sup>22</sup> waren mit Ausnahme des Generalstabschefs Conrad von Hötzendorf keine Kriegstreiber. Sie konnten angesichts der internationalen Lage nicht der Meinung sein, dass der Krieg die Monarchie retten könnte, wie auch immer er ausgehen würde. Die Minister, die in der Literatur als „Kriegspartei“ geführt werden, wussten vielmehr, dass auch die südslawische Frage, so wie die böhmische, nicht mehr durch einen Parteinenausgleich zu lösen war, wie entgegenkommend er auch sein würde. Aus Wiener und Budapester Sicht hätte es nur die Alternative gegeben, die serbische Provokation einfach zu ignorieren, anstatt durch den „kleinen Krieg“ gegen Serbien die Lawine des weltpolitischen Hegemonialkrieges auszulösen.

---

<sup>20</sup> Zit. n. RUMPLER 1997, 487.

<sup>21</sup> Zur Gesamtproblematik siehe STOURZH 1980.

<sup>22</sup> KOMJÁTHY 1966, 141–149.

---

## Die offenen Geheimnisse des Scheiterns

Schon zu Beginn des großen Krieges, in den man keineswegs „hineingeschlittert“ war, sondern den man überall in Europa bewusst als unausweichlich hinnahm, gab es Stimmen, den Krieg der Mächte als einen Krieg der Ideen zu stilisieren. In den deutschen „Ideen von 1914“ wurde dem Krieg eine „höhere, schicksalhafte“ Deutung gegeben, die „Gegensätzlichkeit deutschen Geistes, deutscher Kultur und deutschen Staatslebens zu den Lebensformen des feindlichen Auslandes“ wurde betont.<sup>23</sup> Weil sich diese Selbststilisierung auf den Gegensatz zwischen deutschem „Heldenmut“ und angelsächsischem „Krämergeist“ konzentrierte, antwortete eine offiziöse, vom Medienmogul Lord Northcliffe gesteuerte britische Pressekampagne mit dem Vorwurf des deutschen „Militarismus“ als Bedrohung des europäischen Friedens. In Österreich-Ungarn war man so sehr mit sich selbst beschäftigt, dass selbst jene Historiker, die die Erbfeindschaft gegen Russland und Italien beschworen, wie Richard Carmatz, Oswald Redlich, Hans Uebersberger und Heinrich Friedjung, vom Krieg eher die innere Erneuerung erhofften.<sup>24</sup> Hugo von Hofmannsthal philosophierte nicht über den Krieg, sondern über die „Österreichische Idee“ als „Idee der Versöhnung und Synthese“.<sup>25</sup> Ein Versuch, wenigstens dem neutralen Ausland zu erklären, was Österreich war und wollte, zeitigte aber nur den bescheidenen Plan zu einer Vortragsmission Josef Redlichs und Georg Apponyis in die Vereinigten Staaten.<sup>26</sup>

Erst mit dem Einstieg der USA in den Krieg und in die Diskussion um die Nachkriegsordnung wandelte sich das propagandistische Geplänkel zu einer Grundsatzdebatte über „Völkerfreiheit, Demokratie, Fortschritt und internationale Gerechtigkeit“.<sup>27</sup> Sowohl die idealistischen Parolen Wilsons wie das Befreiungsprogramm der bolschewikischen Revolution hatten in allen Lagern Hoffnungen geweckt, und im Rückblick aus der katastrophalen Folgegeschichte hat sich das Jahr 1917 als der große Wendepunkt zu einer neuen Epoche nicht nur der europäischen, sondern der Weltgeschichte dargestellt. Die Frage war nur, ob sich nicht auch die USA und das neue Russland mit der Proklamation neuer Prinzipien der internationalen Politik und der gesellschaftlichen Ordnung nur den besseren Ausgangspunkt für die Fortsetzung des Kampfes mit anderen Mitteln zu sichern suchten. Denn längst hatte der Krieg der beiden Großmächte der Zukunft gegeneinander begonnen. Lenin hatte die „Weltrevolution“ verkündet, Wilson erkannte darin eine Herausforderung gegen die von ihm aus der Tradition von Theodore Roosevelt fortgesetzte amerikanische Weltpolitik. Eingetreten waren die USA in den europäischen Krieg offiziell als Vermittler mit dem erklärten Ziel eines „Verständigungsfriedens“. Die Losung der neuen weltpolitischen Strategie lautete jedoch „Wilson versus Lenin“.<sup>28</sup> Aber niemand mit Ausnahme eines politisch unerfahrenen, schwachen, frommen, einfältigen Herrschers in Wien war damals zu einem solchen „Verständigungsfrieden“ bereit.<sup>29</sup>

---

<sup>23</sup> Nach SOMBART 1915.

<sup>24</sup> RAMHARDTER 1973, 14ff.

<sup>25</sup> Zit. n. BERGER 1989, 146.

<sup>26</sup> FELLNER 1974.

<sup>27</sup> SALIS 1962, 737.

<sup>28</sup> MAYER 1959.

<sup>29</sup> Die umstrittene Friedenspolitik Kaiser Karls ist glaubwürdig dokumentiert bei KOVÁCS 2004.

---

Die Habsburgermonarchie hatte in dieser Konstellation zunächst keine schlechten Karten. In den berühmten 14 Punkten vom 8. Jänner 1918 war ihr Fortbestand noch nicht in Frage gestellt, nicht einmal die staatliche Autonomie, nur die „Freiheit zur autonomen Entwicklung der Völker Österreich-Ungarns“ war gefordert.<sup>30</sup> Auch Großbritanniens Premier Lloyd George erklärte noch im Jänner 1918, dass „die Auflösung Österreich-Ungarns kein Teil unserer Kriegsziele ist“, dass lediglich „die Gewährung der Autonomie aufgrund demokratischer Grundsätze für alle österreichischen und ungarischen Nationen“ gefordert sei.<sup>31</sup> Die USA und Großbritannien hatten erkannt, dass mit der Zerschlagung der Habsburgermonarchie in Ostmitteleuropa ein Machtvakuum entstehen würde, um dessen Beherrschung sich neue Konflikte vorbereiten würden. Aber die Wiener Diplomatie war unfähig, ihren Vorteil zu nutzen. Der dilettantische und blamable Regieunfall der Sixtusaffäre hatte Kaiser Karl zum Canossagang ins deutsche Hauptquartier nach Spa gezwungen, wo er trotz gegenteiliger Überzeugung ein Bekenntnis zum Nibelungenbündnis mit Deutschland ablegte. Damit war aber der durch Jahrhunderte als Ausgleichsfaktor in Europa anerkannte Habsburgerstaat kein Kalkül mehr in der Politik Großbritanniens und der USA. Frankreich und Italien hatten ihn längst als Hindernis ihrer Expansionspläne auf ihrer Abschussliste geführt. Als die Wiener Regierungen Seidler und Hussarek mit Reformkonzepten die Forderung nach einer Autonomie-Lösung erfüllten,<sup>32</sup> im Umfeld der Verhandlungen zum Völkermanifest vom 16. Oktober 1918 sogar die bundesstaatliche Föderalisierung proklamiert wurde, lehnte auch der amerikanische Außenstaatssekretär Lansing die Wiener Kompromissvorschläge ab.

Mit der Frage der Demokratie und der Unterdrückung der Völker hatte das desaströse Ende aber nichts mehr zu tun, wenn diese Frage überhaupt je eine ernsthafte Rolle gespielt hatte. Die Frage, ob das demokratiepolitische Sündenregister, mit dem die Postulate des amerikanischen Präsidenten begründet wurden, der Wahrheit entsprach oder nur als Vorwand diente, wurde gar nicht mehr gestellt. Niemand von den Staatsmännern der Entente oder der USA konnte ernsthaft der Meinung sein, dass die Gründung selbständiger Staaten der Völker „auf ihrem Siedlungsgebiet“ in Mitteleuropa zu realisieren oder dass die „Berichtigung der italienischen Grenzen nach dem nationalen Prinzip“ zweifelsfrei bestimmbar war. Nur um den Preis von Bürgerkriegen und Um- und Aussiedlungen war das zu verwirklichen, was die Monarchie angeblich versäumt oder verweigert hatte. Aber obwohl die Neuordnung Mitteleuropas nicht nach der „Weltordnung der Gerechtigkeit“, sondern nach den Interessen der Mächte entschieden wurde, hatte sich die Habsburgermonarchie auch innenpolitisch am Ende befunden, noch bevor sie die selbstmörderische „Flucht nach vorne“ in den Weltkrieg angetreten hatte. Die kurze Zeit der „Pax Koerberiana“ von 1900 bis 1904, von der optimistische Historiker meinten, dass ein letztes Mal „neue Hoffnungsfreude [...] die herabgekommene Unternehmungslust“ belebte und die „schwarz-gelben Fahnen sieghaft in

---

<sup>30</sup> Allgemein zu Wilsons Mitteleuropapolitik maßgebend ist MAMATEY 1957.

<sup>31</sup> Rede vom 5. Jänner 1918 vor den Gewerkschaften (LLOYD GEORGE 1936).

<sup>32</sup> Konkret lautete das Angebot der Regierung Hussarek: Autonomie der historischen Länder, allerdings ergänzt um den weiteren Ausbau der territorialen Autonomie der nationalen Minderheiten innerhalb dieser Länder auf der Ebene national homogener Kreise (RUMPLER 1966, 63).

---

den bewegteren Lüften“ flatterten,<sup>33</sup> war nur mehr ein Provisorium, eigentlich schon der Anfang vom Ende.

Worin lag dieses Ende der politischen Gestaltungskraft eines Staates und der Toleranz seiner Völker? Zwei tagespolitische Ereignisse geben einerseits eine Antwort auf die Ausweglosigkeit eines in der Sache faszinierenden, weil potentiell zukunftsweisenden Experimentes und beleuchten andererseits auch die erstaunliche Aktualität der grundlegenden Problematik der modernen Zivilisation. Anlässlich des Ablebens von Otto Habsburg hat ein Journalist in einem Anfall von Kenntnis und Weisheit geschrieben: „Was Europa heute fehlt, ist kulturelle Kohäsion. Das [geistige] Erbe der Habsburger stellt eine der großen Erzählungen dar, die es dafür braucht. Dass Otto Habsburg in der Lage und bereit war, diese Erzählung authentisch vorzutragen, ist seine Lebensleistung. Dass sie in Polen und in der Ukraine mehr gewürdigt wird als in Österreich, sagt mehr über Österreich als über Habsburg.“<sup>34</sup> Was Europa so dringend bräuchte, aber verloren hat, die annähernde Sicherheit eines gemeinsamen kulturellen Selbstverständnisses, hatte auch die Habsburgermonarchie gegen den Geist der Zeit nicht zu bewahren vermocht. Ebenso aufschlussreich für das Versagen der Habsburgermonarchie ist das „Versagen einer gespaltenen Nation unter Paralyse“, wie es sich zurzeit in den USA abspielt. Dieses Versagen ist nicht das Ende einer Sackgasse in der logischen Entwicklung des Kapitalismus, sondern Ergebnis der „Selbstblockade eines politischen Systems, in dem Extremisten die Parteien vor sich her treiben und der Kompromiss zum Hasardspiel wird“.<sup>35</sup> Diesem Schicksal der Ausweglosigkeit aus einem selbstverschuldeten Irrgarten komplexer politischer und gesellschaftlicher Verwerfungen ist auch die Habsburgermonarchie erlegen.

Was sie dabei an zentralen Werten verloren hat, das muss Europa erst wiedergewinnen. Es unterliegt ja keinem Zweifel, dass die Größe Europas aus der Vielfalt der Ideen, der gesellschaftlichen und politischen und nationalen Ordnungsformen entstanden ist und durch Jahrhunderte gerade aus der Kraft dieser Vielfalt die Entwicklung einer Weltzivilisation gestalten konnte. Es ist aber auch historisch evident, dass diese heute oft als Multikulturalität beschworene Vielfalt in den frühen westeuropäischen Nationalstaaten schon sehr früh mit dem Ziel einer Machtsteigerung als unzeitgemäß und entwicklungshemmend gebündelt, integriert und nivelliert wurde. Auch die Habsburger hatten von der Schlacht am Weißen Berg 1620, dem Einrichtungswerk 1687 und der Pragmatischen Sanktion 1713 bis zum Feldzug gegen das revolutionäre Ungarn 1849 mit der Gegenreformation und der Reichspropagandakultur des Barock und den Verwaltungs- und Gesellschaftsreformen Maria Theresias und Josephs II. den Versuch gemacht, aus ihrem dynastischen Ländersammelsurium einen modernen Staat zu formen. Aber das Kaisertum Österreich von 1804 bis 1918 blieb dezidiert eine Länderföderation und ein Vielvölkerstaat mit der garantierten Gleichberechtigung aller „Volksstämme“. Die Habsburgermonarchie des 19. Jahrhunderts war der Versuch, Zentralisation und Dezentralisation in einer riskanten Symbiose in Einklang zu bringen, letztlich erfolglos gegen den Geist der Zeit und gegen die großen und kleinen Machtegoismen, die sich auf diesen Geist beriefen. Ein österreichischer Journalist hat, wahrscheinlich ohne zu wissen, einen der reaktionärsten Ministerpräsidenten des alten Österreich zu zitieren, angesichts der gegenwärtigen großen Krise der angeblich besten

---

<sup>33</sup> HANTSCH 1968, 452.

<sup>34</sup> MICHAEL FLEISCHHACKER. In: Die Presse (Wien), 16. Juli 2011.

<sup>35</sup> THOMAS VEREGGE (Washington). In: Die Presse (Wien), 2. August 2011.

aller möglichen Welten geschrieben, „dass Politik mühsam ist, dass Demokratie mühsam ist, dass die Gesellschaft an sich mühsam ist. Dass es keine einfachen Lösungen gibt und dass man sich von Reform zu Reform durchwursteln muss, um das Gute zu bewahren und sich doch an neue Begebenheiten anzupassen. Das ist viel Arbeit.“<sup>36</sup> Nicht an Grillparzers „zu wenig“ und „zu spät“,<sup>37</sup> wie oft gesagt wurde, sondern am Umfang und Gewicht dieser Arbeit ist die Habsburgermonarchie gescheitert.

## Quellen

- ABLEITINGER, ALFRED (1973): Ernest von Koerber und das Verfassungsproblem im Jahre 1900. Österreichische Nationalitäten- und Innenpolitik zwischen Konstitutionalismus, Parlamentarismus und oktroyiertem Wahlrecht. Wien / Köln / Graz (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie; XII).
- BERGER, ALBERT (1989): Lyrische Zurüstung der „Österreich“-Idee: Anton Wildgans und Hugo von Hofmannsthal. In: AMANN, KLAUS / LENGAUER, HUBERT (Hg.): Österreich und der Große Krieg. 1914–1918. Die andere Seite der Geschichte. Wien, 144–158.
- BRAUNEDER, WILHELM (2006): Die Habsburgermonarchie als zusammengesetzter Staat. In: Zusammengesetzte Staatlichkeit in der europäischen Verfassungsgeschichte. Tagung der Vereinigung für Verfassungsgeschichte in Hofgeismar vom 19.3.–21.3.2001. Berlin (Beihefte zu „Der Staat“; 16), 197–236.
- CORNWALL, MARK (Hg.) (2002): The Last Years of Austria-Hungary. A Multi-National Experiment in Early Twentieth-Century Europe. Exeter.
- EBENGREUTH, ARNOLD LUSCHIN V. (1914): Österreichische Reichsgeschichte. Bamberg.
- EVANS, ROBERT J. W. (2009): Primat der Außenpolitik? Metternich und das österreichische Staats- und Reichsproblem. In: Anzeiger der philosophisch-historischen Klasse 144, H. 2, 61–76.
- FELLNER, FRITZ (1974): Der Plan einer „Vortragsmission Redlich-Apponyi“ in die Vereinigten Staaten von Amerika. Ansätze und Vorschläge zum Aufbau einer österreichisch-ungarischen Propagandaaktion im neutralen Ausland während des Ersten Weltkrieges. In: FICHTE-NAU, HEINRICH / ZÖLLNER, ERICH (Hg.): Beiträge zur neueren Geschichte Österreichs. Wien / Köln / Graz (Veröffentlichungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung; 20), 469–488.
- FISCHER, FRITZ (1961): Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. Düsseldorf.
- HANÁK, PÉTER (1986): Gab es eine mitteleuropäische Identität in der Geschichte? In: Europäische Rundschau 14, 115–123.
- HANISCH, ERNST (1994): Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien (Österreichische Geschichte; 1890–1990).
- HANTSCH, HUGO (1968): Die Geschichte Österreichs. 2. Bd. Graz / Wien / Köln.
- HEBBEL, FRIEDRICH (1904): Prolog zum 26. Februar 1862. (Zu Wien im Operntheater gesprochen.) In: ders.: Sämtliche Werke. Hist.-krit. Ausgabe, besorgt v. RICHARD MARIA WERNER. 1. Abt. 6. Bd. Berlin, 418–422.
- HERDER, JOHANN GOTTFRIED (1974 [1784–1791]): Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit. Tokyo / Tübingen (Herders Werke, T. 4).
- HUBER, ALFONS (1901): Österreichische Reichsgeschichte. Leipzig / Wien / Prag.
- KISSINGER, HENRY (1991 [1962]): Das Gleichgewicht der Großmächte. Metternich, Castlereagh und die Neuordnung Europas 1812–1822. Düsseldorf / Wien / New York.
- KOMJÁTHY, MIKLÓS (Hg.) (1966): Die Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der österreichisch-ungarischen Monarchie 1914–1918. Budapest.
- KOVÁCS, ELISABETH (Hg.) (2004): Untergang oder Rettung der Donaumonarchie? Politische Dokumente zu Kaiser und König Karl I. (VI.) aus internationalen Archiven. Unter Mitwirkung v. PÁL ARATO, FRANZ PICHHORNER u. LOTTE WEWALKA. 2 Bde. Wien / Köln / Weimar (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs; 100).

<sup>36</sup> MICHEL REIMON. In: Die Presse (Wien), 25. August 2011.

<sup>37</sup> Ein Bruderzwist in Habsburg, II, Erzherzog Mathias: „auf halben Wegen und zu halber Tat / mit halben Mitteln zauderhaft zu streben“.

- 
- LINDSTRÖM, FREDRIK (2008): *Empire and Identity. Biographies of the Austrian State Problem in the Late Habsburg Empire*. West Lafayette, Ind.
- LLOYD GEORGE, DAVID (1936): *Mein Anteil am Weltkrieg*. Bd. 3. Berlin.
- MAMATEY, VICTOR S. (1957): *The United States and East Central Europe 1914 to 1918. A Study in Wilsonian Diplomacy and Propaganda*. Princeton.
- MARGUTTI, ALBERT V. (1924): *Kaiser Franz Joseph. Persönliche Erinnerungen*. Wien / Leipzig.
- MAYER, ARNO J. (1959): *Wilson versus Lenin. The origins of the new diplomacy*. New Haven.
- OSTERKAMP, JANA (2011): *Vielfalt ordnen. Föderalismusvorstellungen in der Habsburgermonarchie und ihren Nachfolgestaaten*. München (Forschungsprojekt Collegium Carolinum).
- PRAŽÁK, ALOIS (1903): *Rakouské právo ústavní IV: ústava močnarství celjkovéhoho* [Österreichisches Verfassungsrecht IV: Die Verfassung der Gesamtmonarchie]. Praha.
- RAMHARDTER, GÜNTHER (1973): *Geschichtswissenschaft und Patriotismus. Österreichische Historiker im Weltkrieg 1914–1918*. Wien (Österreich Archiv).
- REDLICH, JOSEF (1920/1926): *Das österreichische Staats- und Reichsproblem*. 2 Bde. Leipzig.
- RENNER, KARL [Pseud. SPRINGER, RUDOLF] (1902): *Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat. Das nationale Problem als Verfassungs- und Verwaltungsfrage*. Wien / Leipzig.
- RUMPLER, HELMUT (1966): *Das Völkermanifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918. Letzter Versuch zur Rettung des Habsburgerreiches*. Wien (Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde).
- RUMPLER, HELMUT (1997): *Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie. Österreichische Geschichte 1804–1914*. Wien (Österreichische Geschichte).
- RUMPLER, HELMUT / URBANITSCH, PETER (Hg.) (2000): *Verfassung und Parlamentarismus*. 2 Bde. Wien (Die Habsburgermonarchie 1848–1918; VII).
- SALIS, JEAN R. V. (1962): *Weltgeschichte der neuesten Zeit*. Bd. II. 2. Aufl. Zürich.
- SCHLEGELMILCH, ARTHUR (2009): *Die Alternative des monarchischen Konstitutionalismus. Eine Neuinterpretation der deutschen und österreichischen Verfassungsgeschichte des 19. Jahrhunderts*. Bonn (Politik- und Gesellschaftsgeschichte; 82).
- SHEDEL, JAMES (2000): *Sonderweg, Myth, or Heritage? The Rechtsstaat and Modernity in Habsburg Austria*. In: CZÁKY, MORITZ / ZEYRINGER, KLAUS (Hg.): *Ambivalenz des kulturellen Erbes. Vielfachcodierung des historischen Gedächtnisses. Paradigma: Österreich*. Innsbruck / Wien / München, 51–68.
- SIEMANN, WOLFRAM (2010): *Metternich. Staatsmann zwischen Restauration und Moderne*. München.
- SOMBART, WERNER (1915): *Händler und Helden*. München.
- STOURZH, GERALD (1980): *Die Gleichberechtigung der Volksstämme als Verfassungsprinzip 1848–1918*. In: WANDRUSZKA, ADAM / URBANITSCH, PETER (Hg.): *Die Völker des Reiches*. Wien (Die Habsburgermonarchie 1848–1918; III), Bd. 2, 975–1206.
- SUNDHAUSEN, HOLM (1973): *Der Einfluss der Herderschen Idee auf die Nationsbildung bei den Völkern der Habsburger Monarchie*. München (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission; 27).
- TEZNER, FRIEDRICH (1909): *Der Kaiser*. Wien (Österreichisches Staatsrecht in Einzeldarstellungen).
- WILLIAMSON, SAMUEL R. JR. (1991): *Austria-Hungary and the Origins of the First World War*. New York (The Making of the 20th Century).

